

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN MALI (JULI UND AUGUST 2013): EIN ÜBERBLICK

VON NDONGO SAMBA SYLLA, BÜRO WESTAFRIKA (DAKAR)

Seit dem Umsturz des Regimes von Moussa Traoré im Jahre 1991, der im Jahre 1986 durch einen Staatsstreich gegen Modibo Keita (den ersten malischen Präsidenten) an die Macht gekommen war, kannte Mali zwei demokratisch gewählte Präsidenten: Alpha Omar Konaré (1992 -2002) und Amadou Toumani Touré (2002 – 2012). Ans Ende seiner zwei aufeinanderfolgenden Mandate angelangt, konnte sich Amadou Toumani Touré (ATT), gemäss malischem Verfassungsrecht nicht mehr für ein weiteres Mandat aufstellen lassen. Sein Nachfolger sollte durch die Durchführung von Präsidentschaftswahlen gewählt werden. Der erste Urnengang war ursprünglich für den 29. April 2012 geplant.

Jedoch waren in der Zeit vor dem festgelegten Urnengang die Konditionen für die Durchführung von glaubwürdigen Wahlen nicht gegeben. Seit Januar 2012 wurde die Unzulänglichkeit der Malischen Armee durch die Rebellion der Tuareg im Nord-Westen von Mali, unter der Schirmherrschaft der MNLA (Nationale Bewegung für die Befreiung der Azawad), deutlich sichtbar. Die nationale Armee konnte die territoriale Integrität des Landes nicht gewährleisten. Viele Militärs desertierten, andere wurden massakriert, vor allem in der Schlacht von Aguel Hoc. Die Frauen der Soldaten protestierten gegen die mangelnde Unterstützung, welche ihre Männer von der Regierung erhielten. Sie wurden daraufhin von ATT empfangen, jedoch ohne eine Verbesserung zu erwirken. In Wahrheit waren die Unabhängigkeitskämpfer der MNLA besser gerüstet als die Malische Armee, welche sich oft während militärischen Operationen mit ungenügender Munition und Material versehen sahen. Es ist heute erwiesen, dass ein Teil der Waffen aus dem NATO-Krieg in Libyen, in den Norden von Mali, zu den MNLA verschoben worden war.

Obwohl die Verfassung vom 25. Februar 1992 im Artikel 118 festlegt, dass „ keine Neufassung oder Änderung vorgenommen werden kann, während die Unversehrtheit des Staatsgebietes gefährdet ist“¹, gedachte ATT die Wahlen zum vorgesehenen Datum durchzuführen, ungeachtet der Situation im Norden. Noch viel unrealistischer aber war, sich Gedanken über Kandidatenlisten zu machen. Hier war noch nicht einmal ein Einvernehmen mit den verschiedenen politischen Akteuren erreicht worden. Und dies vierzig Tage vor dem festgelegten Datum für den ersten Wahlgang.

Am 22. März 2012 stürzte ein Staatsstreich die Regierung ATT, indem ihm unter anderem vorgeworfen wurde, gegen die Rebellion der Tuareg kaum etwas unternommen und die malische Demokratie nicht gebührend umgesetzt zu haben. Hauptmann Amadou Haya Sanogo, Chef der Militär Junta, setzte anstelle der ATT-Regierung ein „Nationales Komitee für die Wiederherstellung der Demokratie und die Restaurierung des Staates“ ein und setzte die Malische Verfassung ausser Kraft.² Die Völkergemeinschaft verurteilte sofort diesen Staatsstreich und verlangte eine Rückkehr zu „Normalität und Staatsverfassung“. Dies wurde dann auch durch das Einsetzen einer Übergangsregierung vollzogen, deren Vorsitzender seit April 2012 Dioncounda Traoré ist, welcher bis dahin Präsident der Nationalversammlung gewesen war.

Obwohl der Staatsstreich dadurch begründet wurde, dass die Regierung ATT korrupt und „inkompetent“ war, erlaubte eben dieser Putsch paradoxerweise ein weiteres Vordringen der MNLA-Partisanen. Innerhalb von drei Tagen nahm Ansar Dine (eine Gruppe Dschihadisten unter dem Befehl der Salafisten) und einige Fraktionen Abtrünniger der AQMI (Al Qaida im Islamischen Maghreb) die drei regionalen Hauptstädte Kidal, Gao und Timbuktu im Norden Malis ein. Auf diese Weise fiel der Norden Malis in die Hände „der

¹ <https://www.maliweb.net/news/politique/2012/03/20/article.55608.html>

² Siehe die erste Mitteilung der Presse auf : <http://www.journaldumali.com/article.php?aid=4385>

Islamisten“ eine Bezeichnung welche zu vertuschen suchte, dass die Motivationen nicht homogen waren: Die MNLA wollte einen unabhängigen Tuareg-Staat in Norden von Mali. Sie sprachen von einer „Befreiung“, was glauben machen sollte, dass der Norden von Mali illegal durch die Malier besetzt worden war. Wenn Ansar Dine die MNLA unterstützt hatte, dann sicher nicht um einen unabhängigen Staat zu erhalten. Ihr Ziel war die Einführung der Scharia im ganzen malischen Staatsgebiet. Hierbei ließen sie nicht mit sich verhandeln. Viele Beobachter befürchteten mit der Präsenz der AQMI eine „Afghanisierung“ des Malischen Nordens.

Nach viel Unentschlossenheit der CEDEAO-Länder und der politischen Akteure Malis wurde eine Intervention durch Frankreich nötig. Die Operation SERVAL wurde unter dem Vorwand durchgeführt, den Norden von Terroristen zu säubern, welche bereits gegen den Süden von Mali vor zu stossen begannen. Diese militärische Operation, welche im Januar 2013 begann, konnte jedoch nicht sämtliche Probleme lösen.

Begrüßt als „Befreier“ von Mali (und Beschützer der malischen Frauen, welche sich von Seiten den Islamisten durch die Einführung der Scharia bedroht sahen) sagte der französische Präsident Francois Hollande, er sei unerbittlich bei der Durchführung von Präsidentschaftswahlen. So wurde, auf Druck des Elyseepalastes, das Datum für den ersten Wahlgang auf den 28. Juli 2013 und für den zweiten Wahlgang auf den 11. August 2013 festgelegt.

DIE RHETORIK VON „GLAUBWÜRDIGEN WAHLEN“

Nach Meinung des Präsidenten der nationalen, unabhängigen Wahlkommission (CENI) von Mali, Herr Mamadou Diamoutani, sind die Voraussetzungen überhaupt nicht vorhanden, um glaubwürdige Wahlen am 28. Juli durchführen zu können. „Wir haben nicht die Absicht schlimme Verstöße gegen das Gesetz während der Wahlvorbereitungen stillschweigend hinzunehmen. Wir werden unsere Verantwortung in vollem Umfang wahrnehmen...“ hatte er vor der Presse verlauten lassen.³ Einige der Präsidentschaftskandidaten haben ins gleiche Horn geblasen. Vor allem Tiébilé Dramé, der Vorsitzende der PARENA (Partei für die Nationale Wiedergeburt), welcher eine Verfassungsklage eingereicht hat, um die Wahlen vom 28. Juli zu verschieben.

Allgemein ist zu sagen, dass die Argumente für eine Verschiebung der Wahlen absolut begründet scheinen. Mit dem Einführen der Biometrie müssen sieben Millionen Wählerkarten auf einem Territorium von 1.2 Millionen km² in nur einem Monat abgegeben werden. Nun fällt der Monat Juli auch noch mit dem Ramadan und der Regenzeit zusammen. Zwei Faktoren, welche sicher einen negativen Einfluss auf den festgelegten Kalender haben und welche für die Anzahl der ausgegebenen Wählerkarten negative Bilanzen ergeben werden. Am 05. Juli scheinen nur gerade ein Drittel der registrierten Wähler ihre Wählerkarten erhalten zu haben.⁴ Zweites Problem: Die aktuelle Wählerliste basiert auf einer nationalen Volkszählung (RAVEC – Administrative Volkszählung im Rahmen einer Erhebung des Zivilstandes) und nicht auf einer Volkszählung für Wahlberechtigte. Im Zusammenhang mit der kurzen Zeitspanne wird es allein schon materiell nicht möglich sein, eine gültige Wählerliste zu erstellen oder die vorhandene zu revidieren. Vier Kategorien von Wählern werden so nicht erfasst werden können: Diejenigen welche in der letzten Zeit volljährig geworden (etwa 350000 bis 400'000 Wähler); die vielen Zwangsumgesiedelten und die Flüchtlinge, deren Anzahl auf ungefähr 400'000 geschätzt wird; diejenigen, welche nicht auf den Wählerlisten stehen (wie zum Beispiel die Malier im Ausland) und diejenigen, welche ausserhalb ihres Wahlkreises eingeschrieben wurden. Ausserdem beinhalten die Karten NINA (Nationale Identifikations-Nummer) anscheinend keine Informationen über den Ort und das Stimmbüro, in welchem der Bürger abstimmen soll. Drittes Problem: Entgegen dem, was das Gesetz verlangt, sind die Listen nicht im ganzen Malischen Territorium erhältlich. Insbesondere in der Gegend von Kidal, der letzten Region die „befreit“ wurde, sind die Listen noch nicht erhältlich. Der Gouverneur, welcher die Wahlen und deren Vorbereitungen auf eine korrekte Durchführung überwachen sollte, ist nach Bamako geflüchtet, weil er um seine Sicherheit fürchtete. Er machte am 11. Juli eine schnelle Hin- und Rückreise nach Kidal, um sich zu vergewissern, dass die Situation nach wie vor recht gespannt ist und dass die Lokalitäten des

³ <http://maliactu.net/election-presidentielle-du-28-juillet-le-president-de-la-ceni-denonce-les-atteintes-faites-aux-droits-des-electeurs/>

⁴ <http://maliactu.net/au-mali-la-rapide-echeance-electorale-pourrait-etre-un-handicap/>

Gouverneursamtes von den Kräften der MNLA⁵ besetzt worden waren. Seine definitive Rückkehr ist für den 15. Juli festgesetzt worden.

Kidal ist sicher demographisch und auch für die Wahlen zweitrangig (0.5% der gesamten Bevölkerung; eine Erwachsenen-Population von etwas weniger als 39'000 Personen, nach der Volkszählung vom Jahr 2009).⁶ Aber es ist eine Gegend, welche einen sehr symbolischen politischen Status hat, da sie im Moment die Bastion der MNLA ist. Für diejenigen, welche von einer „Unversehrtheit des Staatsgebietes“ sprechen, soll durch die Wahlen in Kidal von neuem gezeigt werden, dass Mali „ein einziger Staat und nicht teilbar“ ist.

Schliesslich scheint es, dass die MINUSMA (Mehrdimensionale, eingegliederte Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung von Mali), welche vor kurzem die Aufgabe von der MISMA (Internationale Mission für die Unterstützung von Mali) übernommen hat, erst ab Ende 2013 wirklich einsatzbereit sein wird. Dies wird Probleme für die Sicherheit der Malier und für den Wahlgang bedeuten.

Alle diese Gründe haben dazu geführt, dass einige Organisationen, wie die OSIWA und die *International Crisis Group* eine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen verlangt haben. Sie befürchten vor allem Chaos und Instabilität, welche durch hingefuschte Wahlen hervorgerufen werden könnten.

Allerdings besteht kaum eine Chance, dass die Präsidentschaftswahlen verschoben werden. Ausserhalb der CENI sind die Haupt-Protagonisten eher dafür, dass die Wahlen am 28. Juli durchgeführt werden. Frankreich möchte unbedingt diese (ihre?) Wahlen durchführen, weil es ihnen unter anderem darum geht, einen Ansprechpartner mit einer „demokratischen Legitimation“ für die Vereinten Nationen zu haben. „Die Wahlen werden so laufen wie sie laufen“ hatte Laurent Fabius erklärt. Worauf Tiébilé Dramé ironisch bemerkte „der Chef der französischen Diplomatie (Laurent Fabius) ist unser Generaldirektor für die Wahlen geworden (DGE)“⁷. Ebenso riskiert der Staatsgerichtshof durch eine Verschiebung der Wahlen eine eher „politische“ anstatt „legale“ Haltung einzunehmen. Ausserdem würde eine Verschiebung eine Erstarkung „des Übergangs“ zur Folge haben. Es könnte auch als ein Nicht-Respektieren des Abkommens zwischen dem Malischen Staat und der MNLA, unterzeichnet am 18 Juni 2013 in Ouagadougou, gedeutet werden. In diesem wurde die Organisation von Präsidentschaftswahlen für den Monat Juli vorgesehen.⁸ Es ist ebenso wenig gesagt, dass eine Verschiebung die erwarteten Erfolge (Frieden, eine bessere Wählerbeteiligung, etc.) erzielen kann. Und nicht zuletzt kann die Tatsache ignoriert werden, dass die stärksten Leader der Parteien welche bereits davon träumen im Koulouba (dem Präsidentenpalast) zu sein, es eilig haben in den Wahlkampf einzutreten. Wie es eine Note der OSIWA unterstreicht:

„Die Mehrheit der politischen Akteure von Mali – vor allem die Kandidaten – geben mit ihrem Stillschweigen bezüglich der vielen Unzulänglichkeiten und mit dem Stand ihrer Vorbereitungen für eine Beteiligung an den Wahlen den Anschein, mit dem Wahlprozess, wie er im Moment von statten geht, einverstanden zu sein. Jedoch ist es wenig wahrscheinlich dass sie alle bereit sein werden, die Resultate, wie auch immer sie ausfallen werden, zu akzeptieren. So wie man es auch anderswo in den Unterregionen schon gesehen hat. Im Gegenteil, die Verlierer werden die ersten sein, welche sich der grossen Mängel beim Wahlgang bedienen werden, um die Resultate anzuzweifeln.“⁹

Die Meinung der malischen Bürger ist viel schwieriger zu ermessen. Nach einer Erhebung im Februar 2013 in Bamako mit 384 malischen Bürgern im Alter von 18 Jahren und mehr, sind drei viertel unter Ihnen, welche wünschen, dass die Wahlen erst organisiert werden, „nachdem die Nordregion total befreit worden ist, die Flüchtlinge wieder zurück in ihren Regionen sind und die Sicherheit gewährleistet ist“. Die

⁵ <http://malijet.com/actualite-politique-au-mali/flash-info/76384-retour-avorte-du-gouverneur-de-kidal-a-cause-des-tensions-dans-l.html>

⁶ International Crisis Group, *Mali: sécuriser, dialoguer et réformer en profondeur*, Rapport Afrique N°201, 11 avril 2013, p.12

⁷ <http://www.jeunefriquee.com/Article/ARTJAWEB20130712173740/mali-tiebile-drame-kidal-laurent-fabiustiebile-drame-je-constate-que-fabius-est-devenue-le-directeur-des-elections-au-mali.html>

⁸ <http://www.afrik.com/mali-pourquoi-tiebile-drame-exige-une-report-de-la-presidentielle>;
<http://www.journaldumali.com/article.php?aid=6559>

⁹ <http://www.osiwa.org/fr/portal/newsroom/705/Les-%C3%A9lections-au-Mali--Pourquoi-elles-doivent-%C3%AAtre-report%C3%A9es.htm#sthash.l0AZdT9y.dpuf>

Hälfte der Befragten erachtet eine Durchführung der Wahlen im Juli 2013¹⁰ als unmöglich. Für einige Intellektuelle, wie den Professor Naffet Keita steht fest: „ Es sind nicht Malische Wahlen, es ist einfach nur eine Wahl in Mali. Das Volk wird nicht Entscheidungsträger sein“. ¹¹

Die Schlussfolgerung, welche sich aufdrängt ist, dass die Präsidentschaftswahl vom 28. Juli weder „frei“ noch „glaubwürdig“ sein werden. Sie werden nicht „frei“ sein, weil viele Wähler sicher noch nicht im Besitz ihrer NINA sein werden. Und sie werden ebenso nicht „glaubwürdig“ sein, weil die Quote der aktiven Wähler ziemlich sicher unter 30% sein wird. Erinnern wir uns, dass das „demokratische“ Mali (1192 – 2012) nie eine Quote der aktiven Wähler für die Präsidentschaftswahlen und die Legislativwahlen von mehr als 39% erreicht hat. Es konnten nie mehr als 2.5 Millionen Wähler an die Urnen gerufen werden. Alpha Omar Konaré, der erste „demokratisch“ gewählte Präsident von Mali hatte seinen Sieg 1992 mit nur 693'000 Stimmabgaben, gegenüber 4.9 Mio. Wählern erreicht. Zehn Jahre später konnte Amadou Toumani Touré, der „Soldat der Demokratie“, im zweiten Wahlgang mit 926'000 Stimmabgaben von total 5.7 Mio. Wählern zum Präsidenten gewählt werden. 2007 wurde er im ersten Wahlgang wiedergewählt mit nur 1.6 Mio. Stimmabgaben gegenüber 6.9 Mio. Wählern. ¹²

Hier liegt also die Herausforderung: „Transparente“ Präsidentschaftswahlen zu organisieren, das heisst, dass es nicht viele Unregelmässigkeiten und Fälschungen geben darf und dass die Resultate somit von allen akzeptiert werden können. In dieser Absicht hatte der Übergangs-Präsident Dioncounda Traoré zu einem Treffen aller Parteivertreter, deren Kandidatur bestätigt worden war, eingeladen. Bevor er das Datum der Wahlen bestätigt hatte, ermutigte er die Kandidaten, sich durch „Fair-Play“ auszuzeichnen: *„Wir werden keine perfekten Wahlen haben, umso mehr, als wir ein Land sind, welches eine Krise hinter sich hat und für eben welches wir diese Wahlen als ein Mittel ansehen, aus dieser Krise so schnell als möglich heraus zu kommen. Die Unzulänglichkeiten des Wahlvorgangs können durch einen Gemeinschaftssinn im Interesse des Land kompensiert werden, sowohl von den Kandidaten als auch von den Wählern.“* ¹³ Dies ist ebenfalls die Position von Ban Ki-Moon: „Die Resultate müssen von allen Parteien respektiert werden, auch wenn die Wahlen nicht perfekt sind“¹⁴. Zusammengefasst soll der Gemeinschaftssinn diese unbefriedigenden Wahlen für einen höheren Zweck unterstützen und akzeptieren.

DIE GEGENWÄRTIGEN KRÄFTE/KANDIDATEN

Die Wahlkampagne wurde offiziell am 07. Juli gestartet, das heisst, einen Tag vor der Auflösung des Notfall-Staates, der am 12. Januar in Kraft getreten war. Die Übergangsregierung wird am 26. Juli ihr Mandat beenden. Von der ersten Liste mit 36 Kandidaten wurden schlussendlich 28 durch den Staatsgerichtshof bestätigt und zugelassen. Die stärksten Kandidaten für den Präsidentenstuhl sind keine Unbekannten. Es handelt sich hauptsächlich um Persönlichkeiten, die, wenn man ihren Werdegang betrachtet, so etwas wie die „Buchhalter“ über den Zustand des stark zerfallenen Malischen Staates sind. Unter den Kandidaten befinden sich einige frühere Ministerpräsidenten, ehemalige Minister und „Kolosse“¹⁵ der „politischen Klasse“ von Mali:¹⁶

Ibrahima Boubacar Keita, 68 Jahre alt, genannt „IBK“, wird von einigen seiner Anhänger als malischer Winston Churchill angesehen. ¹⁷ Er war 1994 – 2000 Ministerpräsident, 2002 – 2007 Präsident der Nationalversammlung und Chef der Vereinigung für Mali (RPM). Er erreichte den zweiten Platz bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 (19.1% der Stimmen im ersten Wahlgang). Er ist der grosse Favorit für

¹⁰ Friedrich Ebert Stiftung, « Mali – Mètre Enquête d'opinion'Que pensent les Maliens'? » 13 – 20 février 2013, Bamako.

¹¹ <http://maliactu.net/mediapart-election-au-mali-francois-hollande-a-passe-un-coup-de-fil/>

¹² Sur les statistiques électorales du Mali, voir: <http://africanelections.tripod.com/ml.html>

¹³ <http://www.rfi.fr/afrique/20130710-presidentielle-mali-dioncounda-traore-appelle-candidats-fair-play>

¹⁴

http://www.romandie.com/news/n/ALERT_Presidentielle_au_Mali_meme_si_l_election_est_imparfaite_les_resultats_doivent_etre_respectes_78150720131139.asp?

¹⁵ <http://www.slateafrique.com/299293/mali-presidentielle-compagne-dominee-mastodontes>

¹⁶ [http://www.france24.com/fr/20130702-mali-presidentielle-juillet-2013-poids-lourds-nouveaux-venus-candidates-](http://www.france24.com/fr/20130702-mali-presidentielle-juillet-2013-poids-lourds-nouveaux-venus-candidates-36)

[36](http://www.france24.com/fr/20130702-mali-presidentielle-juillet-2013-poids-lourds-nouveaux-venus-candidates-36)

¹⁷ „Gloire Historique: IBK sur les traces de Winston Churchill“ : <http://www.maliactu.net/gloire-historique-ibk-sur-les-traces-de-winston-churchill/>

die jetzigen Wahlen.

Soumaila Cisse, 63 Jahre alt, war Finanzminister unter Alpha Omar Konaré und ehemaliger Präsident der Kommission der West-Afrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA). Er ist der führende Kopf der Republikanisch- Demokratischen Union (URD). Wie IBK hat er eine Zeitlang seine Karriere über die ADEMA gemacht.

Dramane Dembélé, 46 Jahre alt. Er ist Kandidat der ADEMA (Allianz für die Demokratie in Mali), die grösste Partei im Lande. Er ist Ingenieur in den Minen und ein Vertrauter von Dioncounda Traoré und hat keine grosse politische Erfahrung.

Tiébilé Dramé, 58 Jahre alt, war Forscher bei Amnesty International. Unter der Übergangs-Regierung war er Aussenminister von 1991 – 1992, er war als Gesandter von Bamako einer der Verfasser des Abkommens von Ouagadougou im Juni 2013 – dem Abkommen zwischen dem Malischen Staat und den MNLA. Als Anführer der Parena (Partei für die nationale Wiedergeburt), erhielt er 4% der Stimmen während den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 und 3% der Stimmen fünf Jahre später. Anscheinend hat er die „revolutionäre“ Absicht den Präsidentschaftswahlkampf abzuschaffen, eine sehr teure Institution, deren Abschaffung Geld freistellen würde, um „in den nächsten 5 Jahren mehr Gymnasien zu bauen als seit der Unabhängigkeit“.¹⁸

Cheikh Modibo Diarra, 61 Jahre alt, Astrophysiker von internationalem Ruf. Er wurde im Jahre 2006 zum Direktor von Microsoft Afrika ernannt. Er war Ministerpräsident der Übergangsregierung und seine Demission wurde von der Militärjunta im Dezember 2012 erzwungen. Er ist amerikanischer Staatsbürger und mit der Tochter des ehemaligen „Diktators“ Moussa Traoré verheiratet.

Soumana Sacko, 63 Jahre alt, war im Jahre 1980 Finanzminister und Ministerpräsident während der Übergangsregierung von 1991 – 1992. Ein Anhänger des Präsidenten Amadou Toumani, sein Vorbild ist **Mobido Sidibé**, 60 Jahre alt. Er war Generalsekretär des Präsidiums von 2002 – 2007, danach Ministerpräsident von 2007 – 2011.

Haidara Aichata Cissé, 54 Jahre alt, ist die einzige Frau unter den Kandidaten für das Präsidentenamt. Im Jahr 2007 wurde sie zur Abgeordneten gewählt. In Bourem (Gao), ist Chato, wie ihre Angehörigen sie mit Kosenamen nennen, bekannt für Ihre Gewerkschaftsaktivitäten im Bereich der Luftfahrt. Da sich in der Partei für die ökonomische und soziale Entwicklung (PDES), welche sie als Kandidatin aufstellen wollte, ehemalige Mitstreiter von ATT versammelt hatten, zog sie es vor, als unabhängige Kandidatin in den Wahlkampf einzusteigen.

Dr Oumar Mariko, 54 Jahre alt, Vorsitzender von SADI (Afrikanische Solidarität für die Demokratie und die Unabhängigkeit), war einer der führenden Köpfe, welche bei der „Einläutung der Demokratie“ in Mali im Jahre 1990 mitgewirkt hatte. Er ist der einzige Kandidat der „Extrem Linken Malischen Souveränität“.¹⁹ Zum Abgeordneten ernannt im Jahr 2007, erreichte er den vierten Platz bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 mit 2.7% der abgegebenen Stimmen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Diese Präsidentschaftswahlen werden in erster Linie den Frieden als Thema haben: die Wiederherstellung der Unversehrtheit des Malischen Territoriums und die Rückkehr zu einer konstitutionellen „Normalität“.²⁰ Dies ist im Moment vernünftigerweise das Einzige, was die Malier von einem gewählten Präsidenten erwarten können. Ungeachtet der Versprechungen der verschiedenen Kandidaten, wie die ökonomische Entwicklung, der Kampf gegen die Korruption, die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse, die Stärkung der Demokratie, etc. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe:

Zuallererst ist da die liberale Theorie, eine Theorie, die sich auf eine ideologische Praxis der

¹⁸ http://www.bbc.co.uk/afrique/region/2013/07/130714_malicampaign.shtml

¹⁹ <http://www.slateafrique.com/299293/mali-presidentielle-campagne-dominee-mastodontes>

²⁰ <http://www.jolpress.com/mali-election-presidentielle-candidats-francis-simonis-article-820633.html>

„repräsentativen Demokratie“ stützt, deren ausgesuchtes Ziel es allerdings nie war, auf ein Gemeingut hinzuwirken oder den einzelnen, normalen Bürger in bessere Konditionen zu setzen. Weit gefehlt. Das ursprüngliche Originalprinzip des repräsentativen Systems wird immer die Suche nach dem „kleinsten Übel“ sein: Frieden und ausschliesslich Frieden, das heisst alles, nur kein ideologischer Bürgerkrieg.²¹ In Mali ist das kleinste Übel die Rückkehr in eine friedliche Situation: Keine Diktatur (anders als die der Hauptstadt), kein Staatsstreich, keine Scharia, keine Rebellion. Um die Worte von Jean-Yves Le Drian, Französischer Verteidigungsminister, zu zitieren, geht es in Mali darum „seine Legitimation wieder zu finden“,²² ohne diese Legitimierung kann die versprochene finanzielle Hilfe der Völkergemeinschaft „nicht geleistet werden“.

Dann, von einem praktischen Gesichtspunkt aus gesehen, sind die Wahlmittel in ihrem jetzigen Zustand weit davon entfernt, eine Meinung des Volkes wiederzugeben, es geht hier viel eher darum die Reproduktion eines oligarchischen Systems zu erreichen. Ein System, welches von Zeit zu Zeit eine wettbewerbsfähige Rotation in ihren Reihen organisieren muss. Die afrikanische Bevölkerung hat dies sehr gut begriffen: Die Demokratie ist schon seit ewigen Zeiten von der Geldherrschaft „vereinnahmt“ worden, der Rest ist Illusion.²³ Dies ist der Grund, warum die Bürger sich oft weigern, als „Wahl-Vieh“ an die Urnen gerufen zu werden, um einen Ausdruck wiederzugeben, welcher der militanten Globalisierungskritikerin und malischen Anti-Imperialistin Aminata Traoré zugeschrieben wird.

Die schwache Wahlbeteiligung kommt weniger von der Unwissenheit und dem Analphabetismus des Volkes, als davon, dass sie sich sagen, dass sie eh nichts wirklich Wichtiges bei den Wahlen erreichen können. Um noch einmal auf die erwähnte Erhebung weiter oben zurück zu kommen: „Zwei Drittel der Erhebung erklären die schwache Wahlbeteiligung der Bevölkerung durch einen Mangel an Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten und deren Überzeugungskraft. Wie auch der Gewissheit, dass ihre Wahlstimme keinen Effekt auf eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen haben wird“.²⁴ Dies ist auch die Meinung eines Leitartiklers: Die Wahlkampagne ist vor allem „eine Zeit der fantastischen Versprechungen“. Jedoch unterstreicht er:

„...Die Musik ist den Wählern altbekannt und die Platte total zerkratzt. Bei ihnen funktioniert diese Magie schon lange nicht mehr. Man erzählt sogar, dass nachdem sie die Karte NINA erhalten haben, zahlreich Wähler sich äussern, dass sie nicht mehr wissen, wen sie wählen sollen, da die Politik sie so oft in den letzten Jahren enttäuscht hatte. Dennoch, trotz allem was unserem Land wiederfahren ist, zu einem grossen Teil durch die Fehler der politischen Elite, wäre es eine schlechte Lösung, nicht zu den Urnen zu gehen. Hier sollte eher die beste aller schlechten Lösungen gewählt werden, indem man den Kandidaten oder die Kandidatin wählt, welcher am wenigsten Nachteile aufweist. Weil, wer sein Recht zu wählen nicht ausübt, offeriert dem erst-besten Opportunisten auf einem Silbertablett eine grossartige Gelegenheit und ermöglicht jedem dahergelaufenen Abenteurer den Griff nach der Macht. Das hiesse, die Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen.“²⁵

Die Perspektive des „kleinsten Übels“ ist in Mali im Moment Tatsache. Es ist sicher nicht möglich, dass der nächste Wahlgang den erhofften Durchbruch für Mali bringen wird. Diese Wahlen werden einen neuen „demokratischen Übergang“ darstellen, der von den Franzosen angeführt, zahlreiche Unsicherheiten mit sich bringen wird.

Dakar, 21.07.13

Übersetzung: Ruth Isenschmid

²¹ Voir Pierre Manent, *Histoire intellectuelle du libéralisme*, Fayard/Pluriel, 2012 ; Jean-Claude Michéa, *L'empire du moindre mal. Essai sur la civilisation libérale*, Champs Flammarion, 2010.

²² <http://www.operationspaix.net/35493-details-actualite-mali-les-elections-permettront-de-retrouver-une-legitimite-.html>

²³ <http://maliactu.net/maliens-et-elections-quand-la-ploutocratie-phagocyte-la-democratie/>

²⁴ Friedrich Eibert Stiftung, « Mali - Mètre Enquête d'opinion 'Que pensent les Maliens' ? », 13 – 20 février 2013, Bamako

²⁵ « Présidentielle 2013 : Pour quel candidat voter? », <http://maliactu.net/presidentielle-2013-pour-quel-candidat-voter/>